

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2024/cdu-und-spd-politiker-sollen-zu-schleuserbande-gehoren/> 29.4.2024

CDU- und SPD-Politiker sollen zu Schleuserbande gehören

Bei der spektakulären Razzia gegen Schleuser, die Ausländern Aufenthaltsgenehmigungen verschafften, nimmt die Polizei – öffentlich weitgehend unbemerkt – auch mehrere Politiker fest.

DÜSSELDORF. Unter den mutmaßlichen Mitgliedern der Schleuserbande, die vorvergangene Woche im Rahmen einer Großrazzia aufflogen, sind auch prominente Mitglieder der nordrhein-westfälischen CDU und SPD. Die Beschuldigten sollen reichen Ausländern, vor allem aus China, gegen jeweils meist sechsstelligen Beträge zur Einreise und zum dauerhaften Aufenthalt in Deutschland verholfen haben.

Bei einer von der AfD beantragten Aktuellen Stunde im Düsseldorfer Landtag nannte [Justizminister Benjamin Limbach \(Grüne\)](#) die Namen des früheren SPD-Geschäftsführers der Unterbezirke Heinsberg und Euskirchen, Jens Bröker. Der Sozialdemokrat arbeitet in der Kreisverwaltung Düren und sitzt nun wegen des Verdachts der Bestechung in Untersuchungshaft.

Langjähriger CDU-Landrat festgenommen

Auch zwei CDU-Politiker aus Nordrhein-Westfalen gehören zu den Beschuldigten, darunter der langjährige Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Werner Stump (1999 – 2013). Er führt heute als [Geschäftsführer der Hotelgesellschaft der Villa Sophienhöhe](#) in Kerpen-Niederbolheim.

Limbach betonte am Donnerstag im Landtag, daß für alle die Unschuldsvermutung gelte. Die CDU wollte sich zu den Vorwürfen gegen ihre Mitglieder nicht äußern und verwies auf die laufenden Ermittlungen. Die SPD im Kreis Düren zeigte sich dagegen „schockiert von den schwerwiegenden Vorwürfen“, wie der Kölner Stadtanzeiger berichtet. „Wir erwarten, daß Jens Bröker unverzüglich und in vollem Umfang mit den Ermittlungsbehörden kooperiert. Sollten sich die Anschuldigungen bestätigen, hat Jens Bröker nichts mehr in den Reihen der Sozialdemokratie verloren.“

38 Schleuser im Visier der Ermittler

Bei der aufsehenerregenden Razzia in acht Bundesländern waren am 17. April zehn mutmaßliche Mitglieder einer Schleuserbande festgenommen worden. Insgesamt durchsuchte die Polizei rund 100 Wohn- und Geschäftsräume. Im Visier sind 38 mutmaßliche Bandenmitglieder und 147 Menschen, die geschleust worden sein sollen. Zähle man später nachgeholte Familienmitglieder hinzu, gehe es um etwa 350 zumeist chinesische Staatsangehörige, so die Ermittler. (fh)

<https://www.nius.de/news/islamisten-aufmarsch-in-hamburg-kalifat-ist-die-loesung/54435564-57d2-448c-a506-79251d2ab120> 27.4.2024

Islamisten-Aufmarsch in Hamburg: „Kalifat ist die Lösung“

Es ist nicht weniger als eine islamistische Machtdemonstration in einer deutschen Millionen-Stadt: Im Hamburger Stadtteil St. Georg versammelten sich am Samstagnachmittag mehrere hundert radikale Muslime zu einer Kundgebung, die unter dem Motto „So gehorche nicht den Lügner“ stand. Aufgerufen hatte die Gruppierung Muslim Interaktiv, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Bei der Demonstration geht es um Islamfeindlichkeit und eine angebliche mediale Kampagne zum Nachteil der Muslime in Deutschland. Speziell der DFB-Nationalspieler Antonio Rüdiger war in den vergangenen Wochen in die Kritik geraten, weil er auf seinem Instagram-Account den Islamisten-Gruß („Tauhid“-Finger) zeigte und nach einem Spiel „Allahu Akbar“ rief, während der den ISIS-Finger zeigte. Ihm gilt die Solidarität von Muslim Interaktiv. ....

<https://ansage.org/es-wird-immer-irrer-krah-mitarbeiter-wohl-informant-des-saechsischen-verfassungsschutzes/> 27.4.2024

Es wird immer irrer: Krah-Mitarbeiter wohl Informant des sächsischen Verfassungsschutzes

Während der politisch-mediale Komplex mit der vermeintlichen Spionage-Affäre um Maximilian Krah den nächsten Schlag gegen die AfD zelebriert, verdichten sich die Hinweise darauf, dass Jian Gao, Krahs Mitarbeiter, der diese Woche wegen des Verdachts auf Spionage für China verhaftet

wurde, [auch Informant des sächsischen Verfassungsschutzes](#) war.

Demnach soll die Behörde Gao erstmals 2007 angesprochen haben, nachdem dieser sich zuvor dem Bundesnachrichtendienst als Informant angeboten habe. Seit Ende 2007 soll er dann für den Verfassungsschutz gearbeitet und diesem Hinweise auf mutmaßliche Aktivitäten des chinesischen Nachrichtendienstes geliefert haben – vor allem gegen Anhänger der chinesischen Opposition in Deutschland.

Gao soll allerdings kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gewesen sein und auch keine Aufträge des Landesamtes erhalten haben. Der Verdacht, dass er ein chinesischer Spion sei, soll erst Jahre später aufgekommen sein. Deshalb habe der Verfassungsschutz ihn 2015 und 2016 überwacht und schließlich „konfrontativ befragt“. Nachdem der Verdacht sich nicht erhärtet habe, sei er 2018 als Quelle abgeschaltet worden. Die Parlamentarische Kontrollkommission des sächsischen Landtages wird sich am Donnerstag bei einer Sondersitzung mit dem Fall beschäftigen. Man darf gespannt sein, was hier wohl noch alles ans Licht kommen wird.

Fragwürdige Vorgehensweise der Staatsschützer

Der Fall zeigt jedenfalls schon jetzt die zutiefst fragwürdige Vorgehensweise des Verfassungsschutzes. Zuerst spricht man Gao vom Verdacht der Spionagetätigkeit frei, dann verhaftet man ihn Jahre später unter eben diesem Verdacht und versucht, einem hochrangigen AfD-Politiker einen Strick daraus zu drehen. Vor allem ließ man zu, dass ein Mann, von dem man zumindest wusste, dass es sich um eine überaus dubiose Figur handelt, in Krahs Dienste trat – und das auch noch zu einem Zeitpunkt, als Gao offenbar noch für den Verfassungsschutz tätig (und Krah noch in der CDU) war. Die Sicherheit Deutschlands und die Aufgaben des Verfassungsschutzes wären hier also offenbar niedriger bewertet worden, ja sogar eine angebliche Gefährdung der inneren Sicherheit (die ja durch Gao behauptetermaßen bestanden habe) billigend in Kauf genommen worden, bloß um den AfD-Spitzenkandidaten bei den Europawahlen ins offene Messer laufen zu lassen.

Daran zeigt sich abermals, dass alles, was von dieser zutiefst fragwürdigen Behörde kommt, mit großer Vorsicht zu behandeln ist – erst recht, da der Bundesverfassungsschutz unter seinem derzeitigen Präsidenten Thomas Haldenwang ganz offen als politische Gesinnungspolizei agiert.

<https://www.cicero.de/innenpolitik/akw-files-habeck-brennelemente-graichen> 30.4.2024

AKW-Files: Habeck verstrickt sich in seinen eigenen Märchen

Robert Habeck gerät in der Affäre um seine Akten zum Atomausstieg weiter unter Druck. Neue E-Mails aus seinem Ministerium zeigen: Die Laufzeitverlängerung sollte mit allen Mitteln verhindert werden. In seiner Verteidigungsstrategie nimmt Habeck es mit der Wahrheit nicht so genau.

Die [Cicero-Enthüllungen über die freigelegten Atomkraft-Akten des Bundeswirtschaftsministeriums](#) haben Robert Habeck in Bedrängnis gebracht. Denn die öffentliche Resonanz auf unsere Berichterstattung ist deutlich heftiger ausgefallen als man das im Führungszirkel des Vizekanzlers wohl erwartet hatte. Dass einen Tag nach Erscheinen der neuen Cicero-Ausgabe („Habecks Geheimakten“) im Bundestag [zwei Sondersitzungen der zuständigen Ausschüsse](#) einberufen wurden, darauf waren Habeck und seine Mitarbeiter offenbar nicht gut genug vorbereitet. Anders lässt sich nicht erklären, weshalb der Minister im Ausschuss Dinge erzählte, die weder der Wirklichkeit entsprechen noch dem, was seine eigene Pressestelle vorher uns gegenüber als offizielle Auskunft gegeben hatte.

Habecks Auftreten vor Journalisten und den Ausschussmitgliedern wirkte betont locker und gut gelaunt. Er wollte damit offenbar zeigen, dass unsere Recherche über die Anfang 2022 als ergebnisoffene Prüfung getarnte Verhinderung einer AKW-Laufzeitverlängerung durch sein Wirtschafts- und durch das Umweltministerium ihm nichts anhaben könne. Die Vorwürfe der Opposition und aus Teilen des Koalitionspartners FDP wollte er an sich abperlen lassen. Doch was Robert Habeck inhaltlich in dieser Sitzung zu bieten hatte, war dermaßen widersprüchlich und zum

Teil schlicht falsch, dass der Eindruck entstand: Hier verstrickt sich ein Geschichtenerzähler in seine eigenen Märchen. .... (Bezahlschranke)

<https://www.nzz.ch/international/habeck-und-akw-files-union-will-untersuchungsausschuss-nach-cicero-recherche-ld.1828109> 26.4.2024

«Wenn er bei dieser Strategie bleibt, kommt der Untersuchungsausschuss»: Wirtschaftsminister Robert Habeck weiterhin in der Kritik

Mitarbeiter des grünen Ministers sollen entscheidende Hinweise in internen Dokumenten ins Gegenteil verkehrt haben, um den Atomausstieg durchzusetzen. Die Union und einige Liberale wollen Habeck nicht davonkommen lassen.

Die Grünen werden sich wohl noch länger mit dem deutschen Atomausstieg beschäftigen müssen. Am Freitagmorgen nahm Robert Habeck dazu an einer Sitzung des Klima- und Energieausschusses des Deutschen Bundestags teil. CDU und CSU hatten die Sitzung kurzfristig beantragt, um den Wirtschaftsminister zu den Vorwürfen zu befragen. Fast zeitgleich musste sich die Umweltministerin Steffi Lemke am Morgen den Fragen der Abgeordneten im Umweltausschuss stellen.

Hintergrund ist der vom «Cicero» veröffentlichte Schriftverkehr zwischen Mitarbeitern des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Recherche hat den Verdacht auf Täuschung beim [Ausstieg aus der Atomenergie aufgeworfen](#).

Entscheidende Hinweise, die gegen einen Ausstieg aus der Kernkraft inmitten der Energiekrise sprachen, sollen Habeck nicht erreicht haben.

Im März 2022 hatten das grüne Wirtschafts- und Umweltministerium in einem Prüfvermerk ihre Ablehnung einer Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ausgedrückt.

Union setzt Habeck unter Druck

Habeck gab sich betont gelassen und bezeichnete den Ausschuss in einer Pressemitteilung als «in weiten Teilen konstruktiv». Zu den Vorwürfen sagte er: «Die Annahme, dass da eine Art Geheimwissen wäre, das mich nicht erreichte, ist falsch.» Er sagte jedoch, dass ihn ein Papier von

Fachleuten nicht erreicht habe, und bestätigte damit einen Teil der Darstellung des «Cicero». .....